

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den gewöhnlichen Preis von 20 Pfennigen. Bei Abholung in den Geschäften und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,50 Mk., bei Vorbestellung 3 Mk. 25 Pf. Einmalige Abnahme 10 Pf. für den Wochenpreis. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 201. 85. Jahrgang. Teleg.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 28. August 1926

## Heraus aus dem Dunkel.

Die Eisenbahnunfälle folgen einander, aber sie gleichen sich nicht. Den kleinen Missetäter, der auf einer Berliner Vorortstrecke gern einmal den Anblick einer netten geräuschvollen Entgleisung auf den Stahlschienen genießen wollte hat man wohl rasch ermittelt und dem Arm der strafenden Gerechtigkeit überliefert. Doch die furchtbare Katastrophe des Berlin-Adler D-Zuges in Leisferde ist heute noch in das gleiche unheimliche Dunkel gehüllt, das die Tragik dieses Falles von vornherein so außerordentlich eindrucksvoll erscheinen ließ.

Man hat eine für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlich hohe Belohnung auf die Entdeckung des Täters ausgesetzt, man hat eine förmliche Armee von Kriminalbeamten verschiedener Gattungen vorgeschickt und ist gewiss aus der empirischen Bevölkerung heraus mit freiwilligen Spürarbeitern nach Kräften unterstützt worden — und hat bisher doch keine der vorgeschlagenen Verhaftungen aufrechterhalten können. Außer 1000 anonymer Briefen ist eigentlich, je länger die Untersuchung andauert, eher eine Abnahme als eine Vermehrung von Verdachtsmomenten zu verzeichnen; manches, was der Reichsbahnverwaltung zunächst als wichtiger Fingerzeig für die Annahme eines verbrecherischen Anschlages diente, hat sich bei näherer Prüfung als unbedeutend erwiesen, und man hat jetzt wohl kaum noch die Hoffnung, der Wahrheit jemals auf den Grund zu kommen. Einzig und allein einige auf jeden Fall ganz radikale Leute sind auch in diesem Falle ihrer Sache völlig sicher. Die Reichsbahndirektion gehört auf die Anlagengruppe, schreibt sie; sie ist es, welche die einundzwanzig Todesopfer von Leisferde auf dem Gewissen hat. Andere Menschen sind weniger eifertig mit Spruch und Urteil; allenfalls verlangen sie eine verstärkte Kontrollarbeit bei der Reichseisenbahn durch Reichstag und Reichsregierung, die ja in der Folge der Dawes-Belastung auf einen wesentlichen Teil ihres Einkommens gegenüber der selbständig gewordenen Spigenleitung unseres Verkehrs verzichtet zu müssen. Nun, es kann uns immerhin einigen Trost bereiten, daß auch andere Länder, wo fremde Machthaber wieder in Verkehrs- noch in anderen innerstaatlichen Fragen bisher etwas zu sagen haben, von mehr oder weniger schweren Eisenbahnkatastrophen nicht verschont bleiben. Insbesondere vergeht in Frankreich kaum ein Tag ohne Unglücksfälle dieser Art. Für sie wenigstens kann Herr Poincaré sein östliches Grenzland nicht verantwortlich machen.

Aber als patentierter Ketter des Vaterlandes, der Poincaré in seinen eigenen Augen wenigstens nun einmal ist, hat er die Welt noch rasch, bevor sie sich in Genf zu neuer Friedensarbeit zusammensuchen soll, vor einer großen Einsturzgefahr gewarnt. Nicht viel hätte gefehlt, und Belgien und Deutschland wären zu dem freundschaftlichen Verhältnis zurückgekehrt, in dem sie vor dem Krieg immer gestanden hatten. Verständige Männer in beiden Lagern wollten einen Strich unter die Vergangenheit tun, die deutschen Grenzgebiete, die man uns 1918 ganz unbegründeter- und ganz unbilligerweise genommen hatte, wieder ihrem rechtmäßigen Eigentümer zurückgeben und durch ein zweckmäßiges finanzielles Arrangement eine materielle Verknüpfung haben und drüber herbeiführen, unter der man hätte schließlich friedlich leben und leben lassen können. Ein wahres Friedenswerk solcher Art aber ist nicht nach dem Sinn des gegenwärtigen französischen Ministerpräsidenten. Wäre Briand nicht geführt worden, Cuyen und Malmeby wären aller Wahrscheinlichkeit nach heute schon wieder ein Bestandteil des Deutschen Reiches. Vor dem großen Poincaré aber, der ja Ministerpräsident und sonst „nur“ noch Finanzminister ist, ist der französische Außenminister sozusagen spurlos von der Bildfläche verschwunden. Die alten, in früheren Zeiten bestanden bewährten Kreier beherrschen wieder so gut wie allmächtig das Feld und sie rechnen dabei so sehr auf die vornehme, verschwiegene Art der deutschen Diplomatie, daß sie, um Deutschland auch bei dieser Gelegenheit wieder vor der Welt ins Unrecht zu setzen, vor größtmöglicher Entstellung der Wahrheit nicht zurückzusehen.

Es paßt vortrefflich zu diesem System einer auswärtigen Politik, das von einem neuen Geist auch nicht die leiseste Einwirkung verrät, daß die Polen sich nun schon seit drei Monaten gegen den Spruch eines internationalen Schiedsgerichts, der im Haag zu ihren Ungunsten ergangen ist, auf beiden Ohren völlig taub stellen. Sie sollen die widerrechtlich beschlagnahmten ober-schleischen Stahlfabrikwerke von Chorzow an Deutschland zurückgeben, lassen aber deutsche Vorstellungen, die deswegen an sie ergangen sind, vollkommen unbeachtet, als wäre es überhaupt unter ihrer Würde, sich um solcher Dinge willen mit einer fremden Regierung herumzuschlagen. Die deutsche Langmut ist gewiß nahezu unerschöpflich, aber schließlich wird man ja doch wohl uns einmal Erklärungen darüber geben müssen, wie wir zu unserem Recht kommen sollen, wenn es den bösen Nachbarn nicht gefällt, sich der Autorität eines internationalen Schiedsgerichts auch durch Erfüllung des ergangenen Richterspruchs unterzuordnen. Sollen wir nun etwa nach Genf gehen und eine Klage gegen Polen einreichen, als erste Betätigung nach unserer bevorstehenden Aufnahme in den Bund der Nationen? Dann würden wir sehr bald zu hören bekommen, daß der Völkerbund für diesen Streitfall leider nicht zuständig sei; und selbst wenn er irgendeinen Versuch unternehmen sollte, um uns zu unserem Recht zu verhelfen, wer bürgt dafür, daß Polen dann vor Genf größeren Respekt an den Tag legt als vor dem Haag?

## Deutschlands Vertretung in Genf.

### Botschafter v. Hoersch in Berlin.

Die Studient Kommission.  
Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoersch, ist Freitag zu Besprechungen über den ihm erteilten Auftrag zur Vertretung Deutschlands bei der zweiten Sitzung der Studient Kommission für die Frage der Zusammenfassung des Völkerbunds in Berlin eingetroffen.  
Bei den Erwägungen über die Zusammenfassung der deutschen Delegation für Genf war auch die Zuziehung von Parlamentariern, und zwar ohne Rücksicht auf die Stellung ihrer Partei zu der jetzigen Reichsregierung, in Betracht gezogen worden. Tatsächlich hat die Regierung bereits Schritte in dieser Richtung getan, wie aus einer Veröffentlichung der deutschnationalen Pressestelle in Berlin hervorgeht.

### Deutschnationale Absage.

Nach Mitteilung hat der Reichsaussenminister bei der deutschnationalen Volkspartei um ihr Einverständnis zur Berufung ihres Mitgliedes, des Professors Hoersch, in die zu bildende Genfer Delegation ersucht. Der Parteivorstand hat namens der Parteileitung in einem Antwortschreiben an den Minister der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß eine Zuziehung von Parlamentariern zu der Genfer Konferenz einer geschlossenen Führung der Reichsvolkspartei Schwierigkeiten bereiten könnte.

Angesichts der Unsicherheit der gegenwärtigen politischen Lage, die für Deutschland allein schon durch die Stichworte „Befähigung“ und „Entwaffnungsfrage“ gekennzeichnet wird, und angesichts der unklaren Stellung, die den Parteimitgliedern in der Konferenz auch hinsichtlich ihrer Entschlußfreiheit und ihres Einflusses zufällt, hat er in Absprache mit dem Reichsaussenminister die Zuziehung von Parlamentariern abgelehnt zu wollen.

Ergänzend wird dazu bemerkt, daß die deutschnationale Volkspartei die Locarno- und Völkerbundpolitik der letzten Zeit nicht billigt, insbesondere auch nicht, daß man bei der immer noch ungelärten und unbedingten Lage der Verhandlungen über Befähigung und Entwaffnungskontrolle vorbehaltlos in den Völkerbund eintritt. Doch ist sie gewillt, wenn der Eintritt gegen ihren Widerspruch vollzogen sein wird, an der daraus sich ergebenden deutschen Politik und ihrer Vertretung im Völkerbund sachlich mitzuarbeiten. Vorläufig könne sie, da sie nicht Mitglied der Regierung sei, nicht die Verantwortung für ein Wirken eines ihrer Mitglieder im Sinne der Regierung in Genf tragen.

### Tanger, das Sorgenkind.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß die spanische Regierung das Memorandum, das am Mittwoch Mussolini über Tanger überreicht worden war, nunmehr auch London und Paris mitgeteilt habe. Das Memorandum lege die Gründe dar, weshalb Spanien mit der gegenwärtigen Verwaltung Tangers unzufrieden ist. Es wird festgestellt, daß die Trennung Tangers von der spanischen Zone

die Freiheit und Sicherheit seiner Armee und Verwaltung beeinträchtigt und daß eine spanische Kontrolle über Tanger die Neutralität der Gullave nicht schwächen, sondern stärken würde.

Die einzige in Tanger erscheinende französische Tageszeitung hat in spanischer Sprache einen heftigen Angriff auf die spanische Regierung veröffentlicht mit einem Hinweis, daß die eingeborene Bevölkerung niemals eine spanische Herrschaft über die Tangerzone annehmen würde, sowie mit einer Aufforderung an alle Einwohner Tangers, sich den Vorschlägen für den Entschluß Tangers in das spanische Protektorat zu widersetzen. Der Artikel hat in der spanischen Kolonie große Erregung hervorgerufen.

### Beschlüsse des Genfer Minderheitenkongresses.

Der Kongreß der europäischen nationalen Minderheiten in Genf nahm nach längerer Debatte einen Antrag Deutsch-Ungarns an, der sich gegen die wirtschaftliche Benachteiligung der Minderheiten in ihren Staaten richtet. Die Resolution fordert praktische Gleichstellung mit den Angehörigen der Mehrheit und Rücksichtnahme auf die kulturellen Bedürfnisse der Minderheiten sowie Befreiung der Aufforderung zum Boykott. Um alle diese Forderungen wirklich durchzuführen, hält der Kongreß für nötig 1. die Schaffung genauer detaillierter Normen in allen wirtschaftlichen Vorschriften des Staates, 2. eine angemessene Beteiligung der Nationalitäten (Minderheiten) in der Leitung staatlicher und offizieller ökonomischer Körperschaften und Unternehmungen, 3. den Ausbau eines wirtschaftlichen Rechtschutzes.

### Russisch-französische Verhandlungen.

Paris, 28. August. Nach Blättermeldungen aus Moskau beabsichtigt der Außenminister Tschitscherin, bereits in den nächsten Tagen nach Paris zu kommen, um mit Briand Verhandlungen zu führen. Die Verhandlungen über die französisch-russische Schuldenregelung sollen Mitte Oktober wieder aufgenommen werden. Man nimmt an, daß Botschafter Belowski im Auftrag der Sowjetregierung der französischen Regierung einen Betrag von 65 Millionen Goldfranken bieten wird.

### Vor einem erfolgreichen Abschluß der deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 27. August. Amlich wird mitgeteilt: Nachdem durch Abschluß eines Abkommens zwischen der S. G. Farbenindustrie und Japan über die Behandlung der deutschen Farbenindustrie die Hauptschwierigkeit der deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen beseitigt ist, besteht auf allen Seiten der Wunsch, die Verhandlungen über den Handelsvertrag nunmehr baldmöglichst zu Ende zu führen. Da hierzu noch eingehende Besprechungen mit den beteiligten Stellen notwendig sind, wird der deutsche Botschafter in Tokio, Dr. Coll, im September in Berlin eintreffen, um über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen mündlich zu berichten und die Grundlagen für die Weiterführung der Verhandlungen zu erörtern.

## Wieder Entwaffnungsforderungen?

### Drei neue Ententenoten.

Ein Berliner Abendblatt berichtet aus Paris, die Botschafterkonferenz der Entente habe am 17. August drei neue Entwaffnungsnoten an die deutsche Regierung gerichtet.

Die erste Note enthalte, wie es weiter heißt, eine Beschwerde über die militärische Tätigkeit von Verbänden in Deutschland unter Bezugnahme auf die Berichte der Interalliierten Militärkontrollkommission und auf deutsche Pressenachrichten. Die Botschafterkonferenz verlange Ersatz ganz klarer gesetzlicher Bestimmungen gegen diese Tätigkeit.

Die zweite Note vermittelte die Beschwerde, daß die Forderung der Interalliierten Militärkontrollkommission in bezug auf die ungesetzliche Einstellung von Mannschaften in die Reichswehr nicht befolgt wurde. Die Verhaftung des Reichswehrministers

und die Einweihungen in die Reichswehr, die nicht dem Wehrgesetz entsprechen, verboten seien, wird als ungenügend bezeichnet.

In der dritten Note werde Beschwerde geführt, daß in der Erklärung der von der Interalliierten Militärkontrollkommission beanstandeten Punkte hinsichtlich der Entwaffnung durch Verschleppung absichtlich Schwierigkeiten gemacht würden.

Die Botschafterkonferenz fordere, daß den Anordnungen der Interalliierten Militärkontrollkommission sofort entsprochen werden müsse.

### Keine deutschen Unterseeboote.

Die „Chicago Tribune“ hatte berichtet, die Entwaffnungskommission habe die Aufmerksamkeit der Entente-regierung auf die angebliche Tatsache gelenkt, daß Deutschland einen gewissen Typ von U-Booten für sich in Holland bauen lasse, und zwar in Amsterdamburg und an der Scheide. Die erwähnten Mächte hätten die deutsche Regierung um eine Erklärung ersucht. Die deutsche Regierung dementierte diese Meldung kategorisch. Sie erklärte, weder würden die Boote gebaut noch habe die Entente Erklärungen gefordert.

### 68 Opfer der Grubentatastrophe in Pennsylvanien.

New York. Bei der Grubentatastrophe in Pennsylvanien sind 68 Bergleute ums Leben gekommen. 30 Leichen sind bisher geborgen.